

KLIMASCHUTZ BRAUCHT HANDELSGERECHTIGKEIT

KLEINBÄUERINNEN UND -BAUERN MÜSSEN IM MITTELPUNKT DER VERHANDLUNGEN ÜBER DIE GLOBALE KLIMAKRISE STEHEN

Die Brände im Amazonasgebiet, soziale Proteste, die durch Umweltzerstörung auf der ganzen Welt ausgelöst werden sowie die weltweiten Streiks der Fridays for Future Bewegung machen die Dringlichkeit der Klimakrise überdeutlich, wenn am 2. Dezember die 25. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), COP25, stattfindet. Im Zentrum der Krise kämpfen Kleinbäuer*innen zunehmend mit Dürren, Überschwemmungen und sich ändernden und unvorhersehbaren Wetterbedingungen. Viele Produzent*innen müssen ihre Felder aufgeben und als letzte Anpassungsstrategie ihr Zuhause verlassen.

Es bedarf jetzt dringend konkreter und ehrgeiziger Maßnahmen, um Fluchtursachen und Risiken für Ernährungssicherheit zu beseitigen. Denn diese gefährden nicht zuletzt die Ansprüche, die sich die Weltgemeinschaft mit den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) gesetzt hat. Aus diesem Grund fordert die globale Fair-Trade-Bewegung die Vertragsparteien der UNFCCC auf, die Grundsätze und die Praktiken des Fairen Handels als wichtigen Bestandteil von Klimaschutz- und Anpassungsstrategien anzuerkennen. Dringende Investitionen sind erforderlich, um eine klimaresistente Wirtschaft aufzubauen, die auf sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit beruht.

Wie die Klimakrise die Armut und Verwundbarkeit von Kleinbäuerinnen und -bauern verschärft

- > Dürren, durch Starkregen begünstigte Bodenerosion oder das Ausschwaschen wichtiger Nährstoffe verschärfen bestehende Risiken für die Lebensgrundlagen, die Ernährungssysteme, die biologische Vielfalt, die Infrastruktur sowie die Gesundheit von Menschen und Ökosystemen;
- > Engpässe in der Nahrungsmittel- und Wasserversorgung, die Gefährdung der Existenz- und Lebensgrundlage von marginalisierten Kleinbauernfamilien, die Subsistenzwirtschaft betreiben, werden voraussichtlich mit der globalen Erwärmung und einem Temperaturanstieg von 1,5°C und mehr graduell zunehmen;
- > Marginalisierte Bevölkerungsgruppen in entlegenen ländlichen Gegenden und insbesondere von der Landwirtschaft abhängige Frauen sind überproportional von den negativen Folgen der globalen Erwärmung gefährdet;
- > Kleinbäuer*innen sind Dürren und Überschwemmungen mit unterschiedlicher Häufigkeit, Intensität und Unvorhersehbarkeit sowie steigenden Temperaturen und Niederschlagsschwankungen ausgesetzt, die sich auf ihre Ernteerträge und die Produktqualität auswirken;
- > Kleinbäuer*innen tragen zur Ernährung der stetig wachsenden Weltbevölkerung bei - in Asien und Subsahara-Afrika liefern sie bis zu 80 Prozent der Nahrungsmittel: Ohne rigorose Anpassungsmaßnahmen könnte die globale Erwärmung die landwirtschaftlichen Erträge bis 2050 weltweit um bis zu 30 Prozent verringern, was mehr als 500 Millionen kleine Agrarbetriebe auf der ganzen Welt betreffen würde;
- > Die Klimakrise wird voraussichtlich bis 2030 mehr als 100 Millionen Menschen in den so genannten Entwicklungsländern unter die Armutsgrenze drängen.

1) Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), 2019, [Special Report on climate change desertification, land degradation, sustainable land management food security and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems](#)

2) IPCC, 2018, [Special Report on Global Warming of 1.5°C](#)

3) Global Commission on Adaptation, Adapt Now, 2019: [A Global Call for Leadership on Climate Resilience](#).

Unfairer Handel untergräbt die Resilienz der Kleinbäuer*innen gegen den Klimawandel

Die Klimakrise verschärft sich zu einem großen Teil durch die derzeit vorherrschenden Geschäftsmodelle, die den Profit über das Wohl der Menschen und unseres Planeten stellen. Die überwiegende Mehrheit der über 800 Millionen Kleinbäuer*innen kann nicht in den Klimaschutz und in die Anpassung an den Klimawandel investieren: Unfaire Handelspraktiken und ungleiche Wertverteilung in den globalen Lieferketten für Agrar- und Lebensmittel verursachen finanzielle Engpässe und Ausfälle bei Kleinbäuer*innen. Somit fehlt ihnen die finanzielle Kraft, um in landwirtschaftliche Methoden zur Abmilderung der verheerenden Auswirkungen des Klimawandels zu investieren. Darüber hinaus haben die Produzent*innen häufig keinen Zugang zu Finanz- oder Klimaversicherungssystemen. Unsere gegenwärtigen Produktions- und Konsummodelle sowie die fehlende Regulierung zugunsten von fairen und nachhaltigen Geschäftspraktiken, insbesondere in der Landwirtschaft, behindern ambitionierte Pläne für einen wirkungsvollen Klimaschutz und stehen den Bedürfnissen derjenigen entgegen, die von der Klimakrise besonders betroffen sind – den Kleinbäuer*innen.

Fairer Handel als Pionier und Praxisbeispiel: ein anderer Welthandel ist möglich!

Es gibt jedoch praktische Lösungen, um die derzeitigen unfairen Handelspraktiken in globalen Lieferketten zu stoppen, die die Klimakrise verschärfen. Die Fair-Trade-Bewegung entstand als Reaktion auf die Dysfunktion konventioneller Lieferketten, die die Armut marginalisierter Gemeinschaften auf der ganzen Welt aufrechterhalten, statt eine partnerschaftliche Handelsbeziehung auf Augenhöhe zu fördern. Die Fair-Handels-Bewegung ist ein Beispiel für ein bewährtes und funktionierendes faires und nachhaltiges Geschäftsmodell, das eine bessere Vergütung, eine transparente und nachhaltige Handelspartnerschaft und menschenwürdige Arbeitsbedingungen ermöglicht sowie diejenigen stärkt, die mit am meisten von den Klimaextremen betroffen sind. Die Fair-Trade-Bewegung setzt sich aktiv dafür ein, dass Regierungen, die Europäische Union und internationale Institutionen verbindliche Strategien erarbeiten, um den Übergang zu einer faireren und nachhaltigeren Wirtschaft weltweit zu erleichtern. Ihre Bemühungen zielen darauf ab, die Widerstandsfähigkeit der Kleinbäuer*innen sowie anderer armer und marginalisierter Produzent*innen, Handwerker*innen, Arbeitnehmer*innen als integralen Bestandteil von Geschäftspartnerschaften zu stärken. Die Fair-Handels-Bewegung fordert und praktiziert einen neuen Sozialvertrag zwischen Kleinbäuer*innen, Produzent*innen, Handwerker*innen und Wirtschaftsakteuren, Regierungen sowie Verbraucher*innen, um soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, die zur Bewältigung der Klimakrise für alle Beteiligten notwendig ist.

Die Fair-Handels-Bewegung ruft die Vertragsparteien der UNFCCC im Rahmen der COP25 auf, sich in den kommenden Klimaverhandlungen mit den Themen unfaire Handelspraktiken, Machtungleichgewicht in globalen Wertschöpfungsketten sowie nachhaltige Produktion und nachhaltiger Konsum zu befassen. Ökonomische und soziale Ungleichheiten und Klimawandel sind untrennbar miteinander verbunden – ebenso wie ihre Lösungen. Jedes Jahr ist ausschlaggebend. Jede Entscheidung zählt. Jedes 0,1 °C ist von enormer Bedeutung. Faire Formen der Wertschöpfungsteilung entlang globaler Lieferketten ermöglichen es, soziale und ökologische Ziele zu erreichen und gleichzeitig die Last der Veränderung unserer nicht nachhaltigen Produktionsmuster zu teilen. Um dies zu erreichen, fordern wir die Parteien auf:

- > Kleinbäuer*innen zum Teil der Lösung für die Klimakrise machen zu machen und sicher zu stellen, dass sie als Interessenvertreter*innen bei der Ausarbeitung nationaler Klimaschutzmaßnahmen und bei der Entwicklung der Nationally Defined Contributions (NDCs) einbezogen werden. Kleinproduzent*innen sind nicht nur mit am stärksten vom Klimawandel betroffen, sondern verfügen auch über traditionelles Wissen und Erfahrung in der Landwirtschaft, die für zielführende Lösungen genutzt werden können.
- > Nationale Strategien für die Bereitstellung angemessener und an den Bedürfnissen der Kleinbäuer*innen orientierte finanzielle und technische Unterstützung zu entwickeln, damit sie in Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel investieren und diese umsetzen können und dadurch ihre Existenzgrundlage sichern können.
- > Die Vergabekriterien und -verfahren von Finanzmechanismen wie dem Green Climate Fund auf Kleinproduzent*innen und ihren Organisationen auszurichten, so dass diese Zugang zu verfügbaren finanziellen Mitteln erhalten und diese unbürokratisch verwalten können. Besonderer Schwerpunkt soll auf weibliche Produzentinnen gelegt werden, da sie kaum Zugang zu technischer Unterstützung, Kapazitätsaufbau und finanziellen Mitteln für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen haben.

- > Wirkungsvolle Mechanismen für die Internalisierung von Kosten aus unfairer und klimaaunfreundlicher Wirtschaftstätigkeit zu fördern.
- > Strategien, Abkommen und Gesetze im landwirtschaftlichen und Handelsbereich zu entwickeln, die Transparenz in globalen Lieferketten zu erhöhen, Anreize für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Lebensmittelwertschöpfungsketten und bei ihren Interessengruppen zu schaffen, z.B. indem sie die Unternehmen verpflichten, in ihren Handelsbeziehungen mit Kleinbäuer*innen menschenrechtliche Sorgfaltspflicht wahrzunehmen, ohne die Kosten dieser Maßnahmen an die Produzent*innen weiterzugeben.
- > In die Agrarforschung in den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gebieten zu investieren und landwirtschaftliche Praktiken zu fördern, die an den Bedürfnissen der Kleinbäuer*innen orientiert sind und ihre Resilienz steigern (wie z.B. die Erhaltung der biologischen Vielfalt und Agroforstmodelle unter Wahrung traditionellen Wissens und der Ernährungssouveränität).
- > Nachhaltige Konsumpraktiken zu fördern, wie sie in SDG 12 verankert sind und sich außerdem für eine verbindliche Gesetzgebung bei der öffentlichen Beschaffung einzusetzen, Handelsabkommen, Bildungsprogramme und andere Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Minderung der Klimarisiken beitragen. Dazu gehört auch die Unterstützung des Handwerks sowie CO2-neutrale Produktionsmethoden, die eine alternative, nachhaltige Einkommensquelle für Kleinbäuer*innen ermöglichen. In Sektoren wie Kaffee und Kakao kann dies zur Bekämpfung von Abholzung beitragen.

Schlussfolgerungen

Eine neue Wirtschaft ist möglich, doch der Faire Handel allein kann die Herausforderungen der Klimakrise und der zunehmenden Ungleichheiten in globalen Wertschöpfungsketten nicht bewältigen. Das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem muss dringend umgestaltet werden und die Last darf nicht nur von jenen Verbraucher*innen getragen werden, die wirtschaftliche Transformation durch ihre Kaufentscheidungen fordern. Nationale Regierungen

und vor allem Unternehmen auf der ganzen Welt tragen Verantwortung und haben eine Vorbildfunktion. Sie müssen zusammenarbeiten, um eine nachhaltige und inklusive Wirtschaft zu erreichen. Die Bewältigung der Klimakrise durch die Gewährleistung von Handelsgerechtigkeit ist ein wichtiger Ansatz zur Erreichung dieses Ziels, zum Wohle der Menschen und unseres Planeten.

Unterzeichner des Positionspapiers:

Commerce Équitable France

Coordinadora Estatal De Comercio Justo

Association Equo Garantito

Italian General Assembly of Fair Trade

EZA Fairer Handel

Fair Trade Advocacy Office

Fair World Project

Fairtrade International

Forum Fairer Handel

GEPA - The Fair Trade Company

Oxfam

Polish Fair Trade Association

Scottish Fair Trade Forum

Swiss Fair Trade

World Fair Trade Organization

World Fair Trade Organization-Europe



Diese Publikation wurde mit finanziellen Mitteln der Europäischen Union gefördert. Für den Inhalt sind die unterzeichnenden Organisationen verantwortlich, die hier dargestellten Positionen geben nicht zwingend den Standpunkt der Europäischen Union wieder.



Position der Fair-Trade-Bewegung zu COP25